

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, Sonntags und Montags ...

Die schlagzeilige Kopierart ...

Freiheit Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Große Schlagwetter-Explosion bei Herne 28 Tote, zahlreiche Schwerverletzte — 120 Mann noch in der Grube — Wenig Hoffnung auf Rettung

Herne, 20. Juni. Auf der Zeche Mont Cenis ereignete sich heute mittag gegen 12 Uhr eine schwere Schlagwetterexplosion.

Herne, 20. Juni. Eine amtliche Mitteilung von sieben Uhr abends besagt: 28 Tote und eine große Anzahl Verletzte...

Da. Bochum, 20. Juni. Die Dena berichtet über die Explosion folgendes: Schauplatz der Katastrophe war das Revier des Steigers Ottermann...

die bekannte Courrieres-Mannschaft der Zeche Schamrock. Der Zugang zu dem Unglücksort ist von einer großen Menschenmenge umlagert.

Wieder einmal hat der Grubentod seinen blutigen Tribut von der Arbeiterschaft gefordert. 28 Tote und zahlreiche Verletzte sind bereits geborgen und zur Stunde ist noch nicht zu übersehen, wie groß die Zahl der Opfer der Arbeit in gefahrrohender Tiefe schließlich sein wird.

Wie können derartige Explosionen immer und immer wieder auftreten und wen trifft die Schuld? Bei der vor kurzem stattgefundenen Explosion auf der Zeche „Konstantin“ bei Bochum, bei der 17 Bergleute den Tod fanden, wurden schwere Vorwürfe gegen die Bergbehörde erhoben, und zwar mit Recht.

Wir werden auf die Ursache des Unglücks näher eingehen, sobald ein Urteil darüber möglich ist.

Kriegs- und Friedenspolitik

Von Artur Crispian

Dieser Tage kam mit eine bürgerliche Zeitung aus Leipzig zu Gesicht. Darin fand ich einen Leitartikel, in dem darauf gelegt wurde, daß die Außenpolitik Deutschlands im Sommer 1919 durch die Friedenspolitik der Unabhängigen Sozialdemokratie ihre bestimmte Richtung erhielt.

Die Unabhängige Sozialdemokratie entstand während des Weltkrieges im Kampf gegen den kapitalistischen Krieg. Solange es eine internationale sozialistische Arbeiterbewegung gibt, war eine ihrer vornehmsten Parolen: Krieg dem Krieg! Eine revolutionäre Arbeiterpartei hat nicht nur die Pflicht, während eines kapitalistischen Krieges für den Frieden einzutreten, sondern in erster Linie ist es ihre Aufgabe, drohende Kriege zu verhindern.

Wenn eine Arbeiterpartei, wie die Rechtssozialisten, während eines kapitalistischen Krieges einen Burgfrieden mit der Bourgeoisie schließt, so dankt sie damit nicht nur während des Krieges als Vertreterin und Führerin des proletarischen Kampfes ab, sie bindet und verpflichtet sich damit auch für die Zeit nach dem Krieg.

Für das Klassenbewußte Proletariat darf es nur einen Krieg geben. Das ist der große heilige Krieg der Arbeit gegen das Kapital. Dieser Grundsatz, der weit über das Proletariat hinaus im Interesse der gesamten Menschheit anerkannt werden muß, war für die Taktik der Unabhängigen Sozialdemokratie in den außenpolitischen Fragen maßgebend.

Wie lagen die Dinge im Sommer 1919? Nach langen qualvollen Kriegsjahren stand das geschlagene, arme und elende Volk Deutschlands nackt und bloß und wehrlos vor den siegreichen Ententemächten. Die Bedingungen des Friedensvertrags von Versailles waren formuliert. Wirtschaftlich waren sie nicht weniger hart und grausam als jene des deutschen Siegesfriedens von Brest-Litowsk.

Wie stark im Sommer 1919 die militaristisch-kapitalistische Kriegshege war, geht daraus hervor, daß von allen Parteien nur die Unabhängige Sozialdemokratie von vornherein gegen die Gefahr eines neuen kapitalistischen Krieges auftrat. Die Großkapitalisten und Agrarier der deutschen Volkspartei und der deutschnationalen Partei tobten wie beseesenen.

Oberschlesien Abmachungen zwischen Korfanty und der Interalliierten Kommission

Doppeln, 20. Juni. Am 19. Juni wurde von den deutschen Parteien und Gewerkschaften Oberschlesiens an die Interalliierte Kommission folgendes Telegramm gerichtet:

Das in deutscher Sprache erscheinende Organ Korfants, der „Oberschlesische Wegweiser“, bringt in der Nummer 6 vom 15. Juni unter der Ueberschrift „Vor Abschluß der Verhandlungen“ einen Bericht über Abmachungen zwischen Vertretern der Interalliierten Kommission und den Insurgenten. Darin wird als Ergebnis der Verhandlungen u. a. mitgeteilt: „Gleichzeitig mit der Demobilisierung der Insurgenten soll auf dem von der bisherigen neutralen Zone abgegrenzten Gebiet eine polnische Miliz ins Leben gerufen werden.“

Wir haben den Inhalt dieser Mitteilung zunächst für völlig undenkbar gehalten. Inzwischen ist aber bekannt geworden, daß beabsichtigt sei, den Eisenbahnbetrieb im Industriebezirk von Gleiwh in den Händen der Insurgenten zu belassen. Deshalb können wir diese Zeitungsmeldung nicht mehr als ganz unwahrscheinlich ansehen.

Wir müssen den allerschärfsten Einspruch auch nur gegen die Absicht solcher Abmachungen erheben. Ein solches Abkommen würde dem klaren Wortlaut des Friedensvertrages zuwiderlaufen.

Mit der Zusage einer polnischen Miliz, mit der Aufrechterhaltung der Verfügungen der sogenannten Behörden der Insurgenten, mit der Belassung der wichtigsten Eisenbahnbezirke in den Händen der Aufständischen würde die polnische Gewalthererrschaft anerkannt werden. Die Interalliierte Kommission würde sich dem schwersten Irrtum hingeben, wenn sie durch ein solches Abkommen die Passivierung und die Wiederaufrichtung des Wirtschaftslbens Oberschlesiens zu erreichen hofft.

Schießerei in Tilsit

Aus Tilsit wird gemeldet: „Das Gewerkschaftskartell und die drei sozialistischen Parteien veranstalteten Freitag abend um 8 Uhr auf dem Anger eine große Protestversammlung aus Anlaß der Ermordung des Abg. Garais in München.“

Die Ruhe ist natürlich nicht durch die Arbeiter, sondern durch das provokatorische Vorgehen der Schupo gestört worden. In Ostpreußen herrscht noch immer der Belagerungszustand; der Kapp-General v. Dassel braucht ihn für sein Gewaltsystem und dieser Belagerungszustand liefert anscheinend auch der Schupo den Vorwand, auf eine friedliche Demonstration der Arbeiter zu schießen.

Die deutschen Kohlenpreise

Der „Tems“ meldet, daß die Preisfestsetzung für die deutsche Kohle nach einem Beschluß der alliierten Sachverständigen in Paris auch dann nicht erhöht werden dürfe, wenn Deutschland den Preis für seinen Inlandsbedarf auf das Doppelte und Dreifache hinaufsetzen würde.

Die Nachricht klingt sehr unbestimmt. Nach dem Friedensvertrag besteht für Deutschland wohl die Verpflichtung, die Kohle zum Inlandspreise abzugeben, aber kein Zwang, den Preis künstlich niedrig zu halten. Es wäre auch merkwürdig, wenn die Engländer auf solche Art die französische Industrie konkurrenzfähiger machen würden, als ihre eigene, indem sie den Franzosen billige Kohlen verschaffen.

Der neue österreichische Bundeskanzler. Der Hauptauschuß nahm auf Vorschlag des Abgeordneten Seidel (Christl.-sozial) einen Antrag an, den Präsidenten der Wiener Polizeidirektion Schober zum Bundeskanzler zu designieren und ihn mit der Bildung des Kabinetts zu beauftragen.









